

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Marc Bernhard, Peter Boehringer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/22468 –**

### **Widerstandsfähigkeit von Entwicklungsstaaten stärken – Klimaschutz aus der Entwicklungspolitik streichen und Kunstbegriff Klimaflüchtling überwinden**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller verweisen darauf, dass wirtschaftliche Entwicklung und Fortschritt dazu führten, dass Menschen gegen Naturkatastrophen und klimatische Veränderungen weniger vulnerabel seien. Das anhaltende starke Bevölkerungswachstum und eine hohe Fertilitätsrate in den Entwicklungsländern korrelierten mit schwacher Entwicklung, mangelnder Effizienz und Produktivität. Ein solches Bevölkerungswachstum verursache negative Umweltfolgen wie Rodung, Überweidung und Verschmutzung durch Abfälle, die durch einen enormen Anstieg des lokalen Ressourcenverbrauchs zusätzlich verstärkt würden.

Nach Auffassung der Antragsteller führten plötzliche Naturkatastrophen zu lokal und zeitlich begrenzter (Binnen-)Flucht, wobei solche Gründe bei Migrationsentscheidungen für die Menschen vor Ort eine geringere Rolle spielten als andere Faktoren, wie das Fehlen wirtschaftlicher Perspektiven und Dysfunktionalitäten staatlicher Strukturen. Es gebe nach Auffassung der antragstellenden Fraktion keinerlei wissenschaftliche Evidenz dafür, dass klimatische Veränderungen ursächlich für Massenmigration oder Massenflucht wären. Dementsprechend handle es sich bei den Wörtern „Klimaflucht“ und „Klimaflüchtlinge“ um politische Schlagworte, die nicht geeignet wären, um reale entwicklungspolitische Probleme zu adressieren.

Die betroffenen Staaten und Gesellschaften seien für Anpassungsmaßnahmen an Klima- und Umweltveränderungen in erster Linie selbst verantwortlich. Vor diesem Hintergrund existiere keine etwaige „Klimaschuld“ der Industriestaaten gegenüber den Entwicklungsländern und somit sei eine Umverteilung des Wohlstandes aus dem globalen Norden in den globalen Süden nicht gerechtfertigt.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/22468 abzulehnen.

Berlin, den 14. April 2021

### **Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Dr. Peter Ramsauer**  
Vorsitzender

**Peter Stein (Rostock)**  
Berichterstatter

**Florian Post**  
Berichterstatter

**Markus Frohmaier**  
Berichterstatter

**Dr. Christoph Hoffmann**  
Berichterstatter

**Helin Evrim Sommer**  
Berichterstatterin

**Uwe Kekeritz**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Peter Stein (Rostock), Florian Post, Markus Frohnmaier, Dr. Christoph Hoffmann, Helin Evrim Sommer und Uwe Kekeritz**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/22468** in seiner 176. Sitzung am 17. September 2020 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Beratung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Haushaltsmittel im Bereich Klimaschutz zu streichen.

Die Antragsteller fordern, aus der internationalen Klimafinanzierung auszusteigen, das Übereinkommen von Paris aufzukündigen und die Agenda 2030 abzuwickeln.

Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, bei der Technischen Zusammenarbeit (TZ) und bei der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) auf bilateraler Ebene auch Projekte, die fossile Energieträger fördern würden, für grundsätzlich förderfähig zu erachten; eine entsprechende Handhabung solle auch auf multilateraler Ebene, insbesondere durch die Europäische Union (EU), erfolgen.

Die Bundesregierung solle schließlich das ungebremsste Bevölkerungswachstum in vielen Entwicklungsländern und die Dysfunktionalität zahlreicher Regierungen als primäre Entwicklungshemmnisse benennen.

### **III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss**

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 75. Sitzung am 14. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** führt ein, dass der Kunstbegriff des Klimaflüchtlings von den eigentlichen Problemen, wie die Bevölkerungsexplosion, durch die eine Entwicklung in diesen Ländern verhindert werde, ablenken solle. Man könne nicht sagen, dass klimatische Bedingungen die Situation in den Ländern so massiv veränderten, dass die Menschen deswegen fliehen würden. So wären in der VN-Studie „Scaling Fences“ 3 000 Personen befragt worden, warum sie in die EU und nach Deutschland migrieren wollten. Der Bereich Klimaflucht wäre bei den Antworten im Grunde nicht messbar gewesen; als Gründe für Migration wären stattdessen Rücküberweisungen in die Heimat oder die Verbesserung des Einkommensportfolios genannt worden. Negative Umweltfolgen hätten auch damit zu tun, dass eine falsche Bodenbewirtschaftung oder Rodungen stattfinden würden; das Phänomen Klimawandel zum alleinigen Grund für diese Entwicklung zu machen, wäre zu einfach. Es gehe eigentlich um die Bevölkerungsentwicklung in diesen Ländern und die schlechte Regierungsführung, über die man sprechen müsste, aber nicht um den sogenannten Klimaflüchtling. Diesen Begriff lehne die Fraktion der AfD ab, und deshalb fordere man in dem Antrag auch die Überwindung dieses Kunstbegriffs und die Streichung des Klimaschutzes aus der Entwicklungspolitik.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hält dagegen, dass die klimatischen Rahmenbedingungen in den verschiedenen Regionen dieser Welt seit jeher die Migrationsbewegungen, die Lebensbedingungen, die Gesundheitssituationen und vieles andere mehr beeinflusst hätten. Der Klimawandel finde statt, und die Klimaveränderungen seien sehr deutlich wahrnehmbar. Dazu benötige man keine neuen Statistiken; man könne eindeutige Zusammenhänge feststellen. Es entstehe immer mehr der Eindruck, dass man bei den Anträgen der Fraktion der AfD deren Parteitag-

beschlüsse abarbeite, die diese nun in den Deutschen Bundestag einreichen; das habe bereits mehrfach stattgefunden. Schon in der Überschrift des vorliegenden Antrags zeige sich, dass das Folgende „neben der Spur“ sei, und deshalb lehne die Fraktion der CDU/CSU ihn ab.

Die **Fraktion der SPD** merkt an, dass man diesen Antrag unter der Kategorie „Klamauk“ abtun und ablehnen könnte, aber einige Argumente wolle man doch vortragen: Es sei evident, dass es eine Klimakrise gebe. Sie sei menschengemacht und werde vor allem von den Industriestaaten vorangetrieben. Dementsprechend könne sie auch nur von den Menschen gestoppt werden, und der globale Norden müsse zur Überwindung einen entscheidenden Beitrag leisten. Das seien allesamt unstrittige Allgemeinplätze, zu denen auch gehöre, dass die Menschen im globalen Süden am stärksten unter den negativen Auswirkungen der Klimakrise leiden müssten, obwohl sie in der Regel nur wenig oder nichts zur Entstehung beigetragen hätten. Diese Erkenntnisse seien wissenschaftlich belegbar, wohingegen die Fraktion der AfD mit wissenschaftlich unzulässigen Vereinfachungen arbeite. Klimagerechtigkeit bedeute für die Fraktion der SPD, dass Chancen und Belastungen weltweit gerecht geteilt würden, und zu diesem Ziel bekenne man sich ausdrücklich. Man werde diesen Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** stellt klar, dass Klimaschutz eine globale Aufgabe sei. Der Klimawandel und die Erwärmung der Atmosphäre seien Fakt, und daran könne auch die Fraktion der AfD nicht rütteln. Insbesondere in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sei Klimaschutz wichtig, um die Lebensgrundlagen der Menschen vor Ort zu erhalten. Wenn dies nicht gelinge, dann würden zwangsläufig größere Migrationsbewegungen und zahlreichere Klimakapriolen entstehen. Zu den Klimaschutzmaßnahmen gehöre der Erhalt des Waldes, und da wäre die ausschließliche Sicht auf Deutschland keineswegs ausreichend. Man müsse diese Probleme vielmehr global lösen, wie auch das Beispiel der Great Green Wall (GGW) in der Sahel-Zone zeige. Durch diese GGW erhalte man eine Beschattung des Oberbodens, wodurch bessere Ernährungsvoraussetzungen entstehen und größere Mengen Nahrungsmittel produziert werden könnten. Die Folgen des Klimawandels seien besonders in dicht besiedelten Gebieten spürbar, denn dort werde es immer wärmer. Noch plastischer sei es beim Anstieg des Meeresspiegels; wenn eine Insel versinke, dann müssten die Menschen woanders hingehen. Das seien echte Klimaflüchtlinge, und niemand könne bestreiten, dass sie existierten. Die Fraktion der AfD mache jedoch genau dieses, und insofern werde die Fraktion der FDP den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE** erläutert, dass der vorliegende Antrag die Serie der „national chauvinistischen Germany-First-Agenda“ im Bereich der internationalen Politik der Fraktion der AfD fortsetze. Die Leugnung des Klimawandels, obwohl er durch empirisch wissenschaftliche Forschung gesichert wäre, sei für die Fraktion DIE LINKE keine Option. Man könne sich durchaus politisch kontrovers über die Konsequenzen des Klimawandels auseinandersetzen, aber das schließe die Infragestellung des durch den Menschen verursachten Klimawandels aus. Die Leugnung dieser Tatsache nutze die Fraktion der AfD dafür, um Deutschland vor dem globalen Migrationsprozess abzuschotten, was die typische Inhumanität und politische Verantwortungslosigkeit der AfD widerspiegle. Deswegen werde man den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstreicht, dass sich herausgestellt hätte, dass man lediglich einen Sprechzettel für sämtliche Anträge der Fraktion der AfD benötige. Alle Anträge würden historische Zusammenhänge falsch interpretieren, und aufgrund dieser falschen wissenschaftlichen Erkenntnisse würden falsche Forderungen gestellt. Auch in diesem Antrag würden Quellen und wissenschaftliche Dokumente zusammenhanglos verwendet, und somit würde einmal mehr Wissenschaft missbraucht. Bei der Klimafrage hätten 99,9 % der Wissenschaftler eine eindeutige Position, aber trotzdem werde diese Lehrmeinung ignoriert. Es werde auch in diesem Antrag wieder von der Bevölkerungsexplosion gesprochen, ohne Lösungsansätze vorzuschlagen. Einmal mehr würden Gender- und Frauenaspekte abgelehnt, obwohl genau das der erste Schritt wäre, um die Bevölkerungskomponente zu beeinflussen. Ein zweiter Schritt, um Entwicklung und Wohlstand zu erreichen, sei Bildung, die man voranbringen müsse. Es reiche nicht aus, nach vier Jahren nur zu lamentieren. Die Fraktion BÜNDNIS /DIE GRÜNEN werde den Antrag ablehnen.

Berlin, den 14. April 2021

**Peter Stein (Rostock)**  
Berichterstatter

**Florian Post**  
Berichterstatter

**Markus Frohnmaier**  
Berichterstatter

**Dr. Christoph Hoffmann**  
Berichterstatter

**Helin Evrim Sommer**  
Berichterstatterin

**Uwe Kekeritz**  
Berichterstatter



